

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Hans sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und geschrückter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmonde-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. n. f. m. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 20. November d. J. den Herren Grafen Szécsen Exzellenz, dem Grafen Ferdinand Zichy, Grafen Stephan Zamostki, Somerset Beaumont, dann den Firmen F. Prange, S. W. Schosberger und Söhne, Friedrich Kochmeister, Kandler und Comp. und Friedrich Rosenberg die Gründung einer Aktiengesellschaft in Wien mit der Firma „Donauhandelsgesellschaft“ zu bewilligen und den bezüglichen Statuten die Allerhöchste Genehmigung allernädigst zu ertheilen geruht.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 24. November d. J. dem Gutsbesitzer Max Freiherrn von Washington und dem Fabrikbesitzer Jakob Syz die nachgesuchte Bewilligung zur Vornahme der vorbereitenden Maßregeln für die Gründung einer Depositen- und Vorschussbank für landwirtschaftliche und gewerbliche Produkte in Steiermark allernädigst zu ertheilen geruht.

Das Justizministerium hat die in Dechiobello erledigte Prätorstelle zweiter Klasse dem Prätorbadunkten zu Portogruaro Johann Baptist Rigonistern verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 4. Dezember.

Der vierte Tag der Adressdebatte im Abgeordnetenhaus (wir können den Sitzungsbericht wegen Mangel an Raum erst morgen bringen) war eine der bewegtesten. Die Frage des Belagerungszustandes in Galizien wurde diskutirt und das Haus sprach sich gegen die Regierung und für den bezüglichen Passus in der Adresse aus. Es ist also in dieser Angelegenheit eine Art Konflikt zwischen Ministerium und Abgeordnetenhaus eingetreten und wären die parlamentarischen Verhältnisse Englands bei uns eingeführt, so müßte das Ministerium abtreten oder die Regimerie aufgelöst werden. Dieser Ansicht ist auch die „Pr.“, denn sie schreibt: „Das Ministerium selbst kann sich unmöglich mehr darüber einer Täuschung hingeben, daß es dem Abgeordnetenhaus gegenüber moralisch gefallen ist. Es bleibt ihm kaum eine andere Wahl, als entweder zurückzutreten, oder zu dem konstitutionellen Mittel der Auflösung des Hauses zu schreiten. Denn würde es versuchen, mit dieser Majorität, die so imposant war, daß sie weit mehr als hinreichend wäre, eine Bestimmung des Reichsgrundgesetzes abzändern, weiter zu regieren, so würde ohne Zweifel der Konflikt sich noch mehr verbittern, und nach wenigen Wochen doch geschehen müssen, was man jetzt etwa vermeiden möchte.“

Nun haben wir aber keinen englischen Parlamentarismus, sondern die Thatache ist unbestreitbar, daß unsere Minister wirklich Minister der Krone und nicht der Majorität des Reichsrathes sind. Daher kann es geschehen, daß, wie das „Pr.“ bemerkt, jeweils eine Erörterung zwischen den Räthen der Krone und der Majorität eines der beiden Häuser des Reichsrathes stattfindet, wobei die streitenden Parteien vollkommen auf dem Boden ihrer Aufgabe und ihrer Pflicht stehen, und also keinem der Vorwurf gemacht werden kann, sich von dem ihm eigenthümlichen Wege entfernt zu haben. Ein solcher Streit kann gar wohl mit einer Vereinbarung enden, ohne daß eine der Parteien sich etwas vergilt, indem entweder die Räthe der Krone nach Anhörung der gegnerischen Gründe und nach reifer Erkenntniß des Zweckmäßigen und der

wahren Landesmeinung sich veranlaßt fühlen, die Krone mit den Wünschen der Majorität zu befrieden, oder indem die Majorität es für ratsam findet, ihre Wünsche zu wägen oder zu vertagen, bis die Erkenntniß ihrer Berechtigung und Opportunität eine größere Reise erlangt hat. Der in der galizischen Frage eingetretene rein juristisch formale Konflikt dürfte daher keine weiteren Folgen haben, als daß dem Wunsche des Parlaments möglichst bald Rechnung getragen und eine gesetzliche Regelung des Gegenstandes eintreten wird.

Dem Vernehmen nach existirt ein österreichisches Rundschreiben an die deutschen Bundesregierungen, welches ausdrücklich erklärt, daß nach den Intentionen Österreichs das Zurückziehen der Bundesstruppen aus Schleswig-Holstein der vollen Geltung eines kompetenzmäßigen Bundesbeschlusses in der Erfolgsfrage keinen Eintrag thun könne und solle.

10. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 1. Dezember.

(Schluß.)

Staatsminister Ritter v. Schmerling: Bevor ich darangehe, den Standpunkt der Regierung gegenüber der hier angeregten Frage zu erörtern, möge es mir gestattet sein, in wenigen Worten auf die Generaldebatte zurückzutreffen, weil ich mich verpflichtet fühle, in gedrängter Kürze anzusprechen, was die Regierung veranlaßt hat, in der Generaldebatte das Wort nicht zu ergreifen. Man hat, von der Ansicht ausgehend, daß es sich hier um einen Streit zwischen zwei Parteien handle, auf der einen Seite die Rechtsvertretung, auf der andern die Regierung nach dem Grundsätze: qui tacet, consentire videtur, aus dem Schweigen der Regierung auf ihre Zustimmung geschlossen. Dem ist jedoch nicht so. Eben weil die Regierung sich nicht zu dem Prinzip bekennt, daß es sich hier um einen Rechtsstreit zwischen zwei Parteien handle, hat sie keinen Anlaß gefunden, da das Wort zu ergreifen, wo kein praktischer Grund dazu vorlag. Die Generaldebatte hat sich dahin bewegt, die einseitigen Anschaunungen einzelner Mitglieder des Hauses über die Zustände des Reiches im Ganzen und Großen und über einzelne Fragen einzanderzusetzen. Insoferne übrigens in der Generaldebatte die gehaltenen Reden dazu gedenkt haben, den Standpunkt der Opposition zu kennzeichnen und mehr oder minder heftige, fast maßlose Angriffe gegen die Regierung vorzubringen, hat letztere dieselben mit Ruhe entgegengenommen, denn sie ist ja gewohnt, von Seite der Opposition angegriffen zu werden und heißt dieses Paß mit allen Regierungen in allen Theilen von Europa, wo verfassungsmäßige Zustände herrschen, und sie hat die Verhüting, daß, wenn, was kaum der Fall sein dürfte, die geckten Redner berufen sein würden, die Geschäfte des Staates zu leiten; diese ebenso heftige Angriffe zu erfahren haben würden. In der Spezialdebatte wurde der lebendige Wunsch berührt, daß auch im lomb.-venet. Königreiche verfassungsmäßige Zustände bald Platz greifen mögen. Ob unter Strömungen, wie sie gegenwärtig in diesem bewegten Lande noch herrschen, eine ruhige Berathung der Landesaugesegenheiten noch möglich gewesen wäre, überlasse ich Ihrer Beurtheilung. Wozu die Regierung verpflichtet war, das hat sie gethan, sie hat sich mit der Prüfung des Statuts beschäftigt, das selbe vollendet und es kann im entsprechenden Moment sogleich publizirt werden. Aber die Lösung der Frage bloß dadurch, daß man einen Landtag beruft, kann die Regierung nicht als eine solche erkennen. Wenn der Regierung weiter ein Vorwurf gemacht wird, daß die verfassungsmäßige Thätigkeit des Landtages in Galizien nicht eingetreten sei, so glaube ich

weitere Erörterungen dieser Vorgänge einer späteren Epoche der Besprechung vorbehalten zu sollen. Das glaube ich aber scheint ganz zweifellos zu sein, daß der Auspruch: es möge der galizische Landtag „ehestens“ seine Wirksamkeit aufnehmen, mir nicht ganz angemessen zu sein scheint. Wir sind im Gesamtreichsrath versammelt, derselbe wird noch geraume Zeit seine Thätigkeit fortzusetzen haben, dann soll der engere Reichsrath beginnen, auch für ihn wird ein reiches Feld der Thätigkeit beginnen, im günstigsten Fall wird der Herbst eintreten, bis die Landtage berufen werden können, und heute schon Aussprüche zu thun über die Maßregeln, die aller Wahrscheinlichkeit noch erst in einem Jahre möglich werden, das, scheint mir, heißt doch den Ereignissen vorgreifen.

Ich gelange nun zur Frage der Einberufung des ungarischen Landtages oder eigentlich zur Erörterung der sogenannten „ungarischen Frage.“

Se. Majestät haben in der Thronrede auszusprechen geruht, es sei der lebendige Wunsch Allerhöchstes Herzens, daß auch in der östlichen Hälfte Ihres Reiches sobald als möglich die verfassungsmäßige Thätigkeit beginne, und Se. Majestät haben diesen Wunsch mit dem zweiten Wunsch zu begleiten geruht, daß Einsicht in die Lage der Verhältnisse und freundliches Entgegenkommen aller Beteiligten es möglich machen, das Verfassungswerk bald zum Abschluß zu bringen. In dem lebendigen Wunsche, daß die ungarische Frage bald auf friedliche und befriedigende Weise gelöst werde, begegnen sich die Männer, die im Räthe der Regierung sitzen, mit den Volksvertretern in beiden Häusern des Reichsrathes. Allein mit einem Wunsche ist es im praktischen Leben nicht gethan, und nicht das Ziel, sondern die Mittel sind es, worin die größte Schwierigkeit liegt. Ich habe mit großer Aufmerksamkeit den Debatten gelauscht und mich überhaupt meiner Pflicht gemäß mit der Lösung der ungarischen Frage durch geraume Zeit auf das Eifrigste beschäftigt, aber ich habe mich leider überzeugt, daß die Debatten von vorgestern und heute mir über die Mittel, wie diese Frage zu lösen wäre, kaum neue, wenigstens nicht befriedigende Aufschlüsse gegeben haben. Ein Abgeordneter aus Niederösterreich, der durch lange Zeit in Ungarn ein Staatsamt bekleidet hat, hat gestern in begeisterter Weise der trefflichen Eigenschaften des ungarischen Volkes gedacht. Er hat aber hauptsächlich auf das Gefühl dieses Volkes seinen ganzen Operationsplan gebaut. Dieser ginge dahin, so rasch als möglich einen Landtag, aber einen solchen zu berufen, wo die Regierung sich bei den Wahlen passiv verhält. Dann gebe man dem Landtage königliche Propositionen, welche die Bevölkerung befriedigen und dieses loyale, dynastische Volk werde dem Könige zu jubeln und die Frage werde eine befriedigende Lösung finden. Ich bedauere, hiemit nicht einverstanden sein zu können. Ich theile nicht die Ansicht, daß es Pflicht der Regierung sei, sich den Wahlen gegenüber passiv zu verhalten. Im Gegenteil halte ich einen erlaubten Einfluß für geboten, und ich halte es für Pflicht der Regierung, die Aufmerksamkeit der Wähler auf solche Männer zu leiten, die von dem Gefühle getragen sind, bei der nächsten Landtagssession müsse ein Ausgleich zwischen Ungarn und den Ländern dichts der Leitha zu Stande kommen. Die Gegner der Reichsverfassung werden sicherlich den Wahlen gegenüber nicht passiv bleiben, und es wäre eine schlechte Politik der Regierung, sich einer reinen Passivität und Defensive zu beflecken. Was die Propositionen betrifft, so hätte ich nur gewünscht, daß auseinandergezett worden wäre, worin die selben bestehen sollen. Ich theile in einem gewissen Sinne das Vertrauen auf die Hochherzigkeit des magyarischen Volkes, allein große staatsrechtliche Fragen können nicht auf dem Wege der Gefühlspolitik allein ausgemacht werden. Ein zweites Mittel zum Ziele zu

gelangen, wurde damit proponirt, daß man möglichst freisinnige Institutionen für dießseits der Leitha gebe, um die Verfassung dem ungarischen Volke preiswürdig zu machen. Ich muß um Entschuldigung bitten, wenn ich auch hier widerspreche, u. z. aus formellen, wie aus materiellen Gründen. Was die formellen betrifft, so würde großer Werth darauf gelegt, daß man daran gehe, sogenannte Grundrechte zu schaffen. Ich will die Wichtigkeit derselben und mancher Wünsche, die man hat, zugeben und werde das Meinige beitragen, daß sie sobald als möglich verfassungsmäßig geregelt werden. Allein, diese Dinge betreffen nicht die Kompetenz des weiteren, sondern des engeren Reichsrathes, und was in diesem votirt wird, hat eine Gültigkeit für Ungarn mit Nichten. Die Ungarn haben alle diese Rechte bei ihrem Landtage zu verhandeln. Werden sie hier im engeren Reichsrath votirt, so bringt das den Ungarn keinen Vorteil. Ich muß ferner bekennen, daß mir, die Ministerverantwortlichkeit abgerechnet, gar kein Antrag bekannt ist, welcher dahin ginge, die Verfassung in einem Sinne zu modifiziren, daß sie eine freiheitlichere Gestaltung fände.

Der Minister geht nun auf die Methode über, welche beobachtet werden müsse, um die ungarischen Wirren zu lösen. Eine Batterie könne in einer Viertelstunde gestürmt, eine Schlacht in einem halben Tage gewonnen werden, aber wohl nur dann, wenn der Feldherr Zeit gehabt hat, seine Truppen gehörig zu schulen. Wir haben, sagt der Minister, langsam zu wirken, um endlich zu einem Resultate zu gelangen, das braucht Selbstverständigung, aber mit dieser allein wird endlich das Ziel erreicht. Nicht durch einen raschen Aufschwung kann die ungarische Frage gelöst werden, sondern nach ruhiger Vorbereitung, und daß wir diese getroffen haben, darüber sind wir vollkommen beruhigt. Die Regierung war so glücklich, in Siebenbürgen Resultate zu erzielen, aber auch hier nur nach beharrlichen und konsequenter Bemühungen. Wenn man sagt, die Regierung berufe den Landtag ein, und wenn dieser die Anträge nicht annimmt, hat sie das Thrigte gethan und kann vor ganz Europa gerechtfertigt dastehen, jetzt trate die Staatsnotwendigkeit, das höchste Gebot, ein, so antworte ich: diesen Standpunkt braucht man nicht mehr einzunehmen, dieses ist seit 1861 der unselige. Die Regierung will nicht kontumazieren, sondern versöhnen und bewirken, daß die Ungarn mit frohem Muthe in dieser Versammlung Platz nehmen. — Wir sind zu dem Entschluß gekommen, unausgesetzt, beharrlich, wenn auch im Stillen, jene Hindernisse zu beseitigen, welche die Einberufung des ungarischen Landtages verzögern können. Wir wollen den Landtag aber nicht berufen, damit er eine unfruchtbare Thätigkeit entwölle.

Schließlich erklärt sich der Minister für den Antrag Kaiserfeld und schließt seine Rede mit dem Beifall der Versammlung.

Der Berichterstatter Dr. Gisela erklärt sich auch gegen die Anträge Greuter und Toman, aber für den Antrag Kaiserfeld. Die Adresskommission sei der Ansicht, daß die Einberufung des ungarischen Landtages eine dringende Notwendigkeit sei. Ungarn und Kroatien haben ein Recht, ihre Angelegenheiten durch ihre Landtage geordnet zu sehen. Von jener geräuschlosen Thätigkeit, die durch drei Jahre keine Früchte trug, sei zu erwarten, daß sie noch lange dauern werde, und darum will das Abgeordnetenhaus betonen, daß diese Zeit ihr Ende erreicht haben möge. Laut wird man vom Pester Landtag die Beschwerden über die letzten drei Jahre hören. Zum Schluß spricht Redner noch über die Langsamkeit der Reformen im Sinne des Fortschrittes.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Baron Kelleresperg beantragt die Theilung des Absatzes 4. — Abg. Toman zieht seinen Antrag zurück. — Das Amendment Greuter wird abgelehnt, dafür nur einige Stimmen aus dem Centrum.

Absatz 4 der Adresse wird mit großer Majorität angenommen, ebenso Absatz 5 und 6 beinahe einstimmig, nur einige Siebenbürgen sind dagegen; Absatz 7 wird mit dem Amendment Kaiserfeld (gleichfalls mit sehr großer Majorität) angenommen, ebenso Absatz 8.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 45 Minuten. Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: Fortsetzung der Adressdebatte.

11. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. Dezember.

Auf der Ministerbank: Mensdorff, Schmerling, Mecsey, Lasser, Plener, Hein, Frank, Sektionschef Kalchberg, Hofrat Biegeleben, später Burger.

In der Hofloge: Prinz Wasa.

Auch heute sind die Gallerien und sämtliche Logen dicht gefüllt.

Nach der Vorlesung der Einläufe wird zur Tagesordnung geschritten. Auf derselben steht die Fortsetzung der Spezialdebatte über den Adressentwurf.

Alline 9 (Annahme des mexikanischen Thrones)

von Seiten des Erzherzogs Max) wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Alline 10 berührt den in der Thronrede enthaltenen Passus über den allgemeinen Frieden.

Berichterstatter Dr. Gisela betont die Notwendigkeit eines allgemeinen Friedens im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs, zeigt aber aus einer Nebeneinanderstellung der Bissern, daß die Zahl der Truppen und daher auch das Budget des Kriegsministeriums sich seit 1860 jährlich steigere; er sagt, dies sei die Folge der guten Beziehungen Österreichs zu den übrigen Staaten. Es wurde in Abrede gestellt, daß mit dem Wechsel in der Leitung der äußeren Angelegenheiten ein Systemwechsel eingetreten sei und jede Erklärung fehle, daß diese Annahmen falsch seien. Es habe daher die Befürchtung Raum gefunden, daß die bisherige Systemlosigkeit noch fortduern könne.

Abg. Schindler: Auch in dem heutigen Budget werden die Einnahmen von den Ausgaben überschritten und die bedeutendste Rolle spielt das Armeebudget. Die Bemühungen des Abgeordnetenhauses in den früheren Jahren, das Kriegsbudget herabzudrücken, seien an den Versicherungen des Ministers des Neuzern, daß er für den Frieden nicht einstehen könne, gescheitert. Der Finanzausschuß habe daher in Erwägung gezogen, wie der Friede herzustellen sei und sei zu dem Resultat gekommen, daß dies nur durch Versöhnung möglich sei. Versöhnung mit Frankreich, mit Italien und Deutschland. — Auf das Prinzip der Legitimität übergehend, sagt Redner, es gebe Staaten, die mit ihrem legitimen Herrscherhause innig verwachsen sind — ein solcher sei Österreich. Anders sei es in anderen Staaten, er erinnert an die Wasa's, die Bernadotten, Stuart's und an Frankreich. Österreich sei so glücklich gewesen, seine „ererbten Nebestände“ im Wege der Reform abzuschaffen, während andere Staaten dies nur durch gewaltsame Umwälzungen zu Stande brachten. Redner spricht den Wunsch nach einer Verständigung mit Frankreich aus, welche Allianz er der mit Preußen, die sich in jüngsten Tagen so schlecht bewährt, vorziehe. Er citirt als Gewährsmann seiner Ansicht den Minister Raunig, welcher stets eine Allianz mit Frankreich angestrebt hat. Den größten Vorteil würde Österreich aus einer solchen Allianz in der italienischen Frage ziehen, sagt Redner, und unterzieht dann die italienische Politik des gewesenen Ministers des Neuzern einer Kritik, um zu zeigen, daß von dieser Politik Frankreich den größten Nutzen zog. Wenn es wahr sei, was man in den Zeitungen lese, daß man mit Italien Handelsverbindungen anknüpfen wolle, so stelle sich die Notwendigkeit heraus, auch in politischer Beziehung einen Beschlüß zu fassen. — Auf Deutschland übergehend, sagt Redner: Österreich sei, statt ein Vorkämpfer Deutschlands zu sein, ein Bundesgenosse Preußens geworden. Die Folge davon war, daß Preußen jetzt die Ernte einheimse, nachdem ihm Österreich die Wege bahnte. Nach all' den Vorkommnissen der jüngsten Tage und den Bestrebungen Preußens könne man kaum mehr an ein selbstständiges Verfassungsleben in den Herzogthümern glauben. An den Fahnen unserer Armee glänzen die hellsten Sterne des Ruhmes, aber die Diplomatie gebe sich alle Mühe, dieselben zu verdunkeln. Der Zug nach den Herzogthümern scheine ihm nur gegen eine Emotion Deutschlands gerichtet, die Folge von Verona und Karlsbad und das Morgengrauen der heiligen Allianz.

Minister des Neuzern Graf Mensdorff-Pouilly: In den Worten der Thronrede sind die Grundideen der österreichischen Politik angedeutet. Das Zusammenstehen Österreichs mit Preußen im Anfang dieses Jahres hat, was wohl von keiner Seite bestritten zu werden vermugt, die Gefahr eines allgemeinen Krieges, der nahezu unvermeidlich schien, hintangehalten, die fortgesetzte gemeinschaftliche Aktion durch siegreiche Erfolge einen ehrenvollen Frieden zu Stande gebracht, den beiden Großmächten aber jene achtunggebietende Stellung, die ihnen gebührt, in Europa gesichert. Das Ziel der österreichischen Politik war, diese schwierige Verwicklung mit Vermeidung eines europäischen Krieges zum Vorteile Deutschlands zur Lösung zu bringen, und dieses Ziel scheint mir erreicht. Daß die endliche Lösung der Erbfolgefrage nicht geringe Schwierigkeiten in sich schließen würde, war vorauszusehen, und eben so wenig dürfte es in Zweifel gezogen werden, daß diese Schwierigkeiten in gewaltiger Weise nicht beseitigt werden könnten, ohne die eben angeführten Vorteile in Frage zu stellen. Mit dem ganzen Ernst, den diese Angelegenheit erheischt, hat sich das kaiserliche Kabinett die Aufgabe gestellt, im Wege der Unterhandlung dieselbe einem Abschluß zuzuführen, welcher der Würde und der Ehre Österreichs entspricht, den Interessen und Rechten des deutschen Bundes volle Rechnung trägt (Bravo!) und zugleich aber auch das Bündnis mit Preußen zu erhalten geeignet ist. Letzteres ist nach unserer festen Überzeugung vom höchsten Werthe zur wirklichen Einigung Deutschlands und

zur Erhaltung des allgemeinen Weltfriedens. Aber eben die zur Erreichung dieses vorgestellten Ziels eingeleiteten Unterhandlungen machen es, ohne den Erfolg zu gefährden, leider unmöglich, heute schon in die nähere Besprechung derselben einzugehen. Das kaiserl. Kabinet glaubt sich jedoch der Hoffnung hingeben zu können, daß, trotz mancher drohender Verwicklungen doch bald der Moment kommen werde, wo es, so Gott will, ein gedeihliches Resultat seiner von dem Geiste der Ruhe und Versöhnlichkeit, aber auch der entschiedensten Festigkeit geleiteten Bemühungen wird mittheilen können. (Bravo!)

Nach keiner Seite hin bedrohend, steht Österreich mit den großen Mächten in freundschaftlicher Beziehung und wird stets mit Freuden die Hand zur Befestigung und Erweiterung solcher Verhältnisse bieten.

Noch kürzlich bei einer vielbesprochenen Angleichung hat Österreich auf das augenfälligste den Geist der Versöhnlichkeit, der es bestellt, beurkundet. Nach jener Seite aber hin, von welcher der faktische territoriale Bestand Österreichs schon als ein aggressiver Akt bezeichnet wird, kann man uns wohl unmöglich die Initiative zur Annäherung zunehmen. (Bravo! Bravo!) Selbsterhaltung hat noch nie die Erhaltung eines Staates gefördert und gefährdet. (Bravo!) Österreichs Bestand beruht auf erworbenen Rechten und diese zu verteidigen nach jeder Richtung hin, gebietet nicht allein die Pflicht der Selbsterhaltung, sondern auch die Ehre. (Bravo!) In dem bereits angedeuteten Sinne der Mäßigung wird das kaiserl. Kabinet beinhaltet sein, die Segnungen des Friedens dem Reiche, welches dessen so dringend bedarf, zu erhalten, aber eben so entschieden ist es entschlossen, allen Angriffen, sei es offener, sei es verdeckter Feinde, mit Entschiedenheit und Durchlässigkeit entgegen zu treten. (Beifall.)

Hierin schmeichle ich mir, wie immer, ähnlichen Gedanken nicht allein in diesem hohen Hause, sondern auch in den Herzen aller Völker des weiten Reiches zu begegnen (Bravo!), jener Völker, welche zu jeder Zeit, wo dem Vaterlande Gefahr drohte, ihre Opferfreudigkeit so glänzend bewahrten. (Bravo!).

(Schluß folgt.)

Ausland.

Dresden, 2. Dezember. Ein Telegramm des „Dresdener Journals“ aus Frankfurt meldet: In der gestrigen Bundestagsitzung erklärte Hannover seine Bereitwilligkeit zur sofortigen Abberufung seiner Truppen und Kommissäre aus den Herzogthümern. Sachsen erklärte ein Gleches zu thun, sobald ein diebstalliger Beschlüß des Bundes vorliege. Preußen erklärte seine Bereitwilligkeit über die Erfolge mit den Prätenden zu unterhandeln, sobald die Herzogthümner geräumt seien. Die Abstimmung über den österreichisch-preußischen Antrag erfolgt morgen.

Berlin, 2. Dezember. Die „Kreuzzeitung“ meldet: Am 7. d. M. werde der König über einen Theil des ersten kombinierten Armeekorps auf dem Kroll'schen Platze Parade abhalten und hierauf der Einzug stattfinden.

Hamburg, 1. Dezember. Es wurde die Ordre gegeben, daß die sämtlichen disponiblen Eisenbahnwaggons der hannover'schen Eisenbahn bis 6. d. M. nach Harburg geschafft werden sollen.

Bern, 1. Dezember. Der schweizerische Konsul in Genua meldet an den Bundesrat: Dr. Demme und Flora Trümpy sind am 29. November Abends in Nervi angelangt und im Hotel d'Angleterre abgestiegen; sie wurden am 30. November Morgens tot, im Blute schwimmend, gefunden. Dieselben haben sich selbst durch Dessen der Adern entleibt.

Aus Rom wird vom 29. November berichtet, bei der großen Not des päpstlichen Schatzes habe der Finanzminister Ferrari gerathen, ebenfalls durch Steuer-Boraushebung zu helfen; doch dürften weder Papst noch Volk zustimmen. Polizeiminister Mattucci hat ein besonderes Corps von 60 Landgardisten gegen die Briganten der Umgegend errichtet. Das National-Comité in Rom sammelt Unterstützungen für die friaulischen Aufständler. Die Römerinnen tragen schwarze Halsketten als sogenannte lagrime di Venetia. (!)

Aus Paris, 28. November, schreibt man der „D. D. P.“: Von Tunis her wälzt sich noch einmal eine Wolke zwischen Frankreich und England. Es wird nicht die Schuld des französischen Generalkonsuls, Herrn Grafen von Beauval, und der in Tunis bestehenden Eifersucht zwischen Franzosen und Engländern sein, wenn sie sich nicht entlastet. Die Beschwichtigung des letzten Aufstandes ohne Entlastung des dem englischen Einflusse ergebenden Finanzministers und ohne französische Intervention war für den ehrgeizigen Patriotismus des Herrn v. Beauval eine Kränkung, welche ihm die Vorsicht und Mäßigung seiner Regierung nicht ersparen konnten. Als einen Erfolg möchte er es sich anrechnen, daß der

Bei es unterließ, sich die kirchlich-politische Investitur des Sultans und allenfalls eine türkische Intervention gegen den Aufstand zu erbitten. Vor acht Tagen aber schickte der Bey den General Keredin, Schwagersohn des Finanzministers, nach Konstantinopel. Hinter ihm schickte Herr v. Beauval einen Kriegsdampfer mit Depeschen nach Toulon. Es wird gemeldet, daß General Keredin auf englischen Rath die Investitur des Bey's in Konstantinopel holt. Hierin erscheinen die Depeschen eine große Gefahr für Algerien. Frankreich, heißt es, muß diplomatisch oder militärisch Herr von Tunis sein oder stets ein Heer von 100,000 Mann in Algerien unterhalten, um nicht bei erster Gelegenheit vom algerischen Aufstande, von Tunis, Tripolis, Marokko angegriffen und gleichzeitig von englischen Schiffen blockiert zu werden. Es bleibe also keine Wahl als: Algerien fogleich aufzugeben oder Tunis ohne Weiteres zu besetzen. Dieser Meinung mag auch die hiesige Regierung sein, doch wird sie sich mit einer Intervention nicht übereilen. Vorerst wird der Marquis de Moustier die Pforte von der Ertheilung der Investitur und von jeder Einmengung in die Angelegenheiten von Tunis abzubringen haben; Frankreich ist es damit voller Ernst. Noch will es Tunis nicht besetzen, aber schon will es dasselbe nicht mehr aus den Händen lassen. Es würde zuverlässig intervenieren, wenn England die türkische Oberherrschaft in irgend einer Form herstellt. Der Bey und sein Finanzminister verstehen diese Politik, darum wollen sie sich England und der Türkei in die Arme werfen, um einen Halt gegen Frankreich zu finden, und darum strebt England, sich in Tunis festzusetzen.

Paris., 2. Dezember. Die „France“ meldet: Der amerikanische Gesandte am französischen Hofe, Mr. Dayton, ist gestorben.

Der „Patrie“ zufolge hat sich die in dem Besitz des Senators Mocquard eingetretene Besserung nicht erhalten und flößt dessen Zustand lebhafte Besorgnisse ein.

Paris., 3. Dezember. Mocquard ist auf dem Wege der Besserung. Die Ministerkrise ist definitiv vorüber. Alle Minister behalten ihre Portefeuilles. Fürst Metternich ist sehr befriedigt von Compiègne zurückgekehrt, die französische Regierung ist entschieden friedlich gesinnt, und will genaue Ausrechthaltung des Status quo. Budberg und Gortschakoff haben sich dem Vernehmen nach entzweit, weil ersterer die Zusammenkunft in Nizza forcirt und durchgesetzt habe. Aus Turin verlaunet, der Finanzminister Sella bestehne auf der Beurlaubung von 100,000 Mann; alle seine Kollegen, Lamarmora ausgenommen, seien dafür. Der dänische Gesandte Ville wird abberufen. Das mystifizierte Kohlendepot, das Frankreich erwerben will, liegt angeblich an den Küsten der Nordsee. Privatbriefen aus Mexiko zufolge hat das Kaiserpaar dort großes Ansehen gewonnen; die Finanznot dauert jedoch fort. Gleichwohl habe Kaiser Max die Verpfändung der Bergwerke von Sonora abgelehnt.

London., 2. Dezember. Eine Depesche der „Times“ aus Wien, 1. Dezember, besagt: „Nachdem Österreichs Vermittlung angenommen wurde, verschwindet jede Gefahr einer Kollision der preußischen und Bündestruppen in den Herzogthümern.“

Bukarest, 1. Dezember. Die von der Regierung vergeblich gesuchten Dokumente der griechischen Klöster sind am 26. November mit einem russischen Courier nach Konstantinopel abgegangen.

Melbourne, 26. Oktober. 200 gefangene, aber wieder entwischte Maoris marschieren neuerdings in den Aufstand.

Shanghai, 25. Oktober. Laut Nachrichten aus Japan herrscht in Neddo ein lebhaftes Handelsgeschäft, und haben die Daimios eingewilligt, daß Europäer dort residiren. Der Fürst von Nagato soll die Zahlung einer Entschädigung verweigern.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 5. Dezember.

Am verflossenen Samstag beglückwünschte der Ausschuss des histor. Vereins unsern Mitbürger Hrn. Oberamts-Direktor H. Costa zu der ihm zu Theil gewordenen hohen Anerkennung durch Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Josefs-Ordens. Das Ausschusmitglied A. Dimits hob in einer kurzen Ansprache die Verdienste hervor, welche Herr Costa als einer der Mitbegründer unseres Vereins und der von ihm herausgegebenen „Mittheilungen“, sowie nicht minder durch eigene wissenschaftliche Beiträge, zur Landeskunde sich erworben hatte, und deren hohe Anerkennung den historischen Verein zu freudiger Theilnahme bewegte. Er sprach zugleich die Hoffnung aus, daß Herr Costa auch in der ihm gegönnten ehrenvollen Muße auf dem Posten eines Direktors des histor. Vereins, zu dem ihn das Vertrauen der Vaterlandsfreunde berufen, zum Besten der vaterländischen Sache fort wirken werde. Herr Direktor Costa dankte

in herzlichen Worten und versicherte, dem Vereine fortan seine beste Kraft widmen zu wollen.

— Heute Abend um 8 Uhr (Abmarsch von der Kaserne um 6 Uhr) geht der dritte Transport der mexikanischen Freiwilligen 1200 Mann (die Uhlanten nebst Stab, eine Eskadron Husaren und die 7. Jägerkompanie) von hier nach Triest, wo dieselben Morgen 1/2 11 Uhr auf dem Dampfer „Peruvian“ eingeschifft werden und gegen 12 Uhr in See stechen. — Hier bleibt nur mehr noch die 5., 8., 9. und 10. Kompanie, das dritte Bataillon, 4 Eskadronen Husaren, eine Batterie, das technische Artillerie-Detachement und die Sanitätsabtheilung. In diesem Monate werden noch 2300 Mann auf den Dampfern „Bera-Cruz“ und „Indiana“ eingeschifft, so daß dann nur mehr ein kleiner Theil des Korps bleibt.

— Der Stand des Korps ist heute 5866 Mann. Die Werbung wird am 16. Jänner geschlossen.

— Vorgestern wurde ein Bahnwächter zwischen Adelsberg und Prestranegg überfahren und ins Spital hieher gebracht, wo ihm der eine Fuß amputirt werden mußte.

— Am 26. November stand man in einem Bach des Bezirkes Nassauß die Leiche eines Bagabunden mit auf den Rücken zusammengebundenen Händen; die Leiche lag schon vier Wochen im Wasser. Die angestellte Untersuchung ergab Folgendes: Der Bagabund zog in einem Wirthshause und fing mit den anwesenden Bauern zu streiten an, weshalb er aus dem Hause gejagt wurde, im Fortgehen aber die Drohung aussprach, mit sieben anderen seines Geschwaders zurückzukommen und Rache zu üben. Auf diese Drohung hin band man ihm die Hände auf den Rücken fest, um ihn in's nahe Gemeindeamt abzuliefern. Der Wirth gab eine Laterne, da es schon finster war, und ein Bauer übernahm den Bagabunden, kaum 100 Schritte vom Hause aber löschte der Wind das Licht aus und der Bauer lehrte um, sich das Licht wieder anzuzünden, während der Gebundene warten sollte; dieser aber wollte die Gelegenheit zur Flucht benützen und fiel in der finsternen Nacht in den angelsächsischen Bach, über den er auf einem schmalen Stege entflohen wollte.

Wiener Nachrichten.

Wien., 4. Dezember.

Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna haben dem Vereine zur Verbreitung von Druckschriften für Volksbildung den Betrag von 50 fl. Ihre Exzellenzen die durchlauchtigsten Herren Erzherzoge Karl Ludwig und Ludwig Viktor je 20 fl. gespendet.

— Verlosung des Prämien-Ansichtens vom Jahre 1864. (Schluß.) Serie 813 Nr. 9 und Serie 1528 Nr. 95 gewinnen je 5000 fl., S. 1309 Nr. 36, S. 808 Nr. 5 und S. 2571 Nr. 69 gew. je 2000 fl., S. 1309 Nr. 62, S. 808 Nr. 49, S. 1309 Nr. 30, S. 808 Nr. 52, S. 1892 Nr. 68 und S. 813 Nr. 58 gew. je 1000 fl., S. 808 Nr. 47, S. 3758 Nr. 97, S. 1892 Nr. 41, S. 808 Nr. 93, S. 3758 Nr. 47, S. 1892 Nr. 8, S. 414 Nr. 7, S. 808 Nr. 20, S. 414 Nr. 38, S. 3758 Nr. 32, S. 1309 Nr. 45, S. 2571 Nr. 62, S. 1892 Nr. 14, S. 1892 Nr. 87 und S. 1892 Nr. 45 gew. je 500 fl., S. 1309 Nr. 38, S. 808 Nr. 56, S. 1528 Nr. 69, S. 813 Nr. 77, S. 414 Nr. 24, S. 3758 Nr. 34, S. 808 Nr. 33, S. 414 Nr. 97, S. 3758 Nr. 18, S. 1309 Nr. 70, S. 2571 Nr. 66, S. 1309 Nr. 48, S. 813 Nr. 20, S. 3758 Nr. 10, S. 3758 Nr. 39, S. 2571 Nr. 94, S. 808 Nr. 71, S. 2571 Nr. 21, S. 1528 Nr. 62, S. 3758 Nr. 45, S. 1309 Nr. 6, S. 414 Nr. 31, S. 414 Nr. 77, S. 1892 Nr. 88, S. 3758 Nr. 19, S. 3758 Nr. 37, S. 813 Nr. 11, S. 1528 Nr. 98, S. 2571 Nr. 39 und S. 1309 Nr. 14 gewinnen je 400 fl. Alle übrigen Nummern gewinnen je 135 fl.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Triest, 3. Dezember. (Levantepost). Athen 26. November. Gegen das Ministerium wurden von 116 Mitgliedern der Nationalversammlung Proteste unterzeichnet. Das Budget für 1865 so wie das Steuergesetz sind noch nicht votirt. Oberst Koroneos ist zum Kommandanten der Nationalgarde, Fürst Ospolanti zum Ehrenpräsidenten des Comité der Nationalgarde ernannt worden. Der englische Gesandte Bulwer, der sich in Pyräus wegen Krankheit ausgeschifft hat, wird seine Reise nächstens fortsetzen.

Konstantinopel, 26. November. Die Gehalte der Generale werden herabgesetzt, jene der Subalternoffiziere erhöht. Abermals sind 20.000 Tscherkessen emigriert und werden von Suchum Kale erwartet. Für die türkische Donanflottille sind drei Panzerkannonenboote in Frankreich bestellt worden.

Triest, 3. Dezember. Ueberlandspost mit Nachrichten aus Calcutta 5., Bombay 13. November.

An der Küste von Coromandel wütete heftiger Sturm; alle Telegraphenlinien sind zerstört. Masulipatam wurde durch eine Überschwemmung verheert, bei welcher Tausende umgekommen sind.

Ganz Turkistan ist gegen den Emir von Kabul aufgestanden. Der Sohn Izzul Khans, mit den Truppen von Bolhara vereinigt, marschiert gegen den Emir. Alle Häuptlinge von West-Afghanistan verlangen von ihm die Freilassung und Rückgabe der Erbschaft seiner Brüder binnen Monatsfrist, andererseits mit dem Kriege drohend.

Berlin, 3. Dezember. Der „Kreuzzeitung“ geht von Seiten des Herrn von Bismarck folgende Berichtigung zu: Richtig sei nur die Angabe, daß die Reise des Fürsten von Hohenzollern in keinem Zusammenhang mit politischen Fragen steht; unrichtig aber sei daß der Fürst von Hohenzollern einen Brief des Königs von Preußen überreichte, so wie die Behauptung, daß es sich bei der Reise um die persönliche Angelegenheit eines Mitgliedes des Hohenzollerschen Fürstenhauses gehandelt habe.

Dieselben Blatte geht ein Telegramm aus Kiel vom 3. folgenden Inhalts zu: Sicherem Vernehmen nach haben sämtliche Räthe der Landesregierung ihre Entfernung bei den Bundeskommissionären nachgesucht, weil letztere die Gelser der Landeskassen für die Exekutionskosten in die sächsisch-hannover'schen Kassen abführten. — Eine Bekanntmachung des Magistrats spricht die Erwartung aus, die Bürgerschaft werde am Einzugstage dem Beispiel der Behörden durch allgemeine Illumination folgen.

Hamburg, 3. Dezember. Heute hier eingetroffene holstein'sche und schleswig'sche Zeitungen berichten, daß die südlichen Truppenmärkte meistens wieder begonnen haben. Das Altonaer Verordnungsblatt enthält eine Bekanntmachung der Kieler Landesregierung, welche anzeigen, die Bundeskommissäre hätten genehmigt, daß das im Jahre 1865 in Verwendung kommende Stempelpapier mit einem Wappenschild, enthaltend den schleswig'schen Löwen und das holstein'sche Nesselblatt mit darüber angebrachter Herzogskrone, bezeichnet werde.

Flensburg, 2. Dezember. Die „Nordd. Ztg.“ meldet: Ein Erlaß der Bündeskommissäre vom 29. November an die schleswig'schen Beamten verbietet die Theilnahme an politischen Demonstrationen überhaupt und insbesondere an solchen, welche die Erbfolgefrage präjudizieren.

Bern, 3. Dezember. Der Bundesrat zeigt an: Baden, Württemberg und Bayern haben offiziell die Abordnung von Delegirten zu den Verhandlungen wegen Abschluß eines Handelsvertrages zugesagt. Die französische Regierung hat eingewilligt, alle europäischen Regierungen zu einer Telegraphenkonferenz einzuladen.

Turin, 2. Dezember. Im Senate konstatirt Lamarmora, daß in Frankreich allgemeine Sympathien für Italien vorhanden seien. — Finanzminister Sella dementirt das Gerücht, daß die Bank von Genua die Diskontirungen suspendirt habe.

Paris, 3. Dezember. Das Urtheil im Prozeß der Dreizehn wird Mittwoch erfolgen.

S. Petersburg, 3. Dezember. An der gestrigen Börse war das glaubwürdige Gericht verbreitet, Ende nächster Woche werde ein Erlaß bezüglich einer im Inlande aufzubringenden, mit einer Lotterie verbundenen Anleihe von 100 Mill. Rubel, welche zu Eisenbahnzwecken bestimmt sind, publiziert werden.

Markt- und Geschäftsbericht.

Laibach, 3. Dezember. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 26 Wagen mit Getreide (100 Mehren), 9 Wagen mit Heu und Stroh, 46 Wagen und 6 Schiffe (34 Klafter) mit Holz.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mehren fl. — (Magazins-Preis fl. 3.72); Kern fl. 2.60 (Mgz. Pr. fl. 2.73); Gerste fl. — (Mgz. Pr. fl. 2.43); Hafer fl. — (Mgz. Pr. fl. 1.87); Halbfrucht fl. — (Mgz. Pr. fl. 2.97); Heiden fl. 2.50 (Mgz. Pr. fl. 3.2); Hirse fl. — (Mgz. Pr. fl. 2.95); Rauturz fl. — (Mgz. Pr. fl. 3.4); Erdäpfel fl. 1.80 (Mgz. Pr. fl. —); Linsen fl. 3.60 (Mgz. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4.— (Mgz. Pr. fl. —); Fisolen fl. 3.80 (Mgz. Pr. fl. —); Rindsschmalz pr. Pfund kr. 55, Schweinschmalz kr. 40; Speck, frisch kr. 26, getrocknet kr. 40; Butter kr. 50; Eier pr. Stück kr. 2½; Milch (ordinär) pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 19—21, Kalbfleisch kr. 20, Schweinfleisch kr. 20, Schöpfnfleisch kr. 13; Hähnchen pr. Stück kr. 22, Tauben kr. 11; Hen pr. Stück fl. 1.—, Stroh kr. 65; Holz, hartes 30", pr. Klafter fl. 9.50, weiches fl. 7.50; Wein (Mgz. Pr.) rother und weißer, pr. Eimer von fl. 10 bis 15. (Mit Einrechnung der Verzehrungssteuer.)

Börsenbericht. Staatsfonds ziemlich fest und theilweise so wie Grundentlastungs-Obligationen und Lose um $\frac{1}{2}$ % bis $\frac{1}{4}$ % höher. Auch Industriepapiere besserten sich zum Theil
Wien,
den 3. Dezember. um $\frac{1}{2}$ fl. Wechsel auf frende Plätze und Comptanten schlossen unverändert. Umsatz sehr beschränkt.

Öffentliche Schuld.		Geld	Waare	Geld	Waare	Geld	Waare
A. des Staates (für 100 fl.)							
Geld Waare							
Zu österr. Währung zu 5% 66.30 66.40							
ohne Abschnitt 1862 $\frac{1}{2}$ 97.70 97.20							
Silber-Anlehen von 1864 86.75 87							
Nat.-Anl. mit Jän.-Coupon zu 5% 79.45 79.55							
Nat.-Anl. mit Apr.-Coupon 5 79.40 79.45							
Métalliques 5 70.85 70.90							
dette mit Mai-Coupe 5 70.90 71.10							
dette 4 62.50 63.00							
Mit Verlos. v. 3. 1839 155.50 155.50							
1854 88.50 89.00							
1860 zu 500 fl. 93.70 93.80							
1860 100 fl. 95.50 95.60							
1864 82.00 82.10							
Geme-Konkurs zu 42 L. austr. 19.50 20.00							
B. der Kronländer (für 100 fl.)							
Grundentlastungs-Obligationen.							
Niederösterreich zu 5% 90.50 90.75							
Oberösterreich 5 89.50 90.50							
Salzburg 5 90.00 90.50							
Öthim 5 93.00 94.00							

Lottoziehung am 3. Dez.

Wien: 56 42 70 2 57
Graz: 38 22 71 10 8

Fremden-Anzeige.

Den 2. Dezember.

Stadt Wien.

Die Herren: Baron Kübeck, f. f. Statthalterei-Rath, von Götz — Fiamengo und Hugo von Fiume.

Elephant.

Die Herren: Graf Hengerth von Ober-Rositsch. — Beugner, Maschinen-Inspecteur, von Wien. — Scheidov, Eisenbahn-Inspecteur, von Gilli. — v. Malburg, f. mexikanischer Oberlieutenant, von Sittich. — Langros, Kaufmann, von Agram. — Stoffin, Dekonom, von Dedenburg. — Schanner, Handlungsbefreiter, von Brüxen. — Löwinger, Handelsmann, von Kanischa.

Bayerischer Hof.

Herr Strauß, Fleischhauer, von Steinbrück.
Mohren.

Herr Gantsch, f. f. Lieutenant, von Wien.

(2305—3) Nr. 5315.

Zweite exeutive Feilbietung.

Von dem f. f. Bezirksamt Planina, als Gericht, wird mit Bezug auf das Edikt vom 6. August 1. J. J. 3675, bekannt gemacht, daß, nachdem zu der in der Exekutionsache des Franz Pernell von Wippach gegen Gregor Paulzibl von Liple pol. 99 fl. 75 kr. c. s. e. auf den

18. November d. J., angeordneten ersten Feilbietung der dem Letztern gehörigen Realität sub. Mts. Nr. 113 und 857 ad Herrschaft Haasberg kein Kaufstück erschienen ist, am

a m 16. Dezember 1. J., Vormittags um 10 Uhr, in der Ge-richtskanzlei die zweite Feilbietungstagung abgehalten werden wird.

f. f. Bezirksamt Planina, als Ge-richt, am 18. November 1764.

(2312—3)

Ein auch zwei gesunde muntere Knaben, welche die Normal- oder Hauptschule absolviert haben, finden in einem soliden gröbeneren Handlungsbause unserer Provinz als Lehrlinge prompte Aufnahmen.

Knaben vom Lande werden bevorzugt.

Näheres aus Geselligkeit bei Joh. Alf. Hartmann in Laibach, Wienerstrasse, im Grumig'schen Hause.

(2324—1)

Jakob Schaschel,

Büchsenmacher u. Graveur in Karlstadt, beeckt sich das P. T. Publikum auf seine, von ihm selbst erfundenen sogenannten Diebs-Alarme (Wedder) ausmerksam zu machen.

Diese, von der Agricomer Industrie-Ausstellung mit größtem Erfalle aufgenommenen Diebs-Alarme sind eine dem Revolver ähnliche Waffe, welche im Innern des Zimmers mittels eines 12—15-langen Drahtstiftes verart aufgehängt wird, daß bei dem geringsten Versuch, die Thüre zu öffnen, diese herabfällt und sich entlädt, wodurch der Schlafende geweckt und so auf seine und seines Eigenthums Sicherheit bedacht sein kann.

Diese ganze Vorrichtung ist so klein und bequem konstruit, daß sie ganz ungezerrt in der Tasche getragen werden kann und keinem Reisenden fehlen sollte.

In Laibach vorräthig bei Joh. Schaschel, St. Peters-Vorstadt Nr. 10.

(2314—2)

Josefine Burkhardt,

Spitalgasse Nr. 269, nimmt alle Gattungen Strick-, Häckel- und Stickarbeiten an. Vehrädchen in diesen Gegenständen werden sogleich, und Fremde auch in kost, angenommen.

(2323—2)

Das neuerrichtete Depôt

von

Mehl- & Hülsenfrüchten,
Polana-Vorstadt (Getreideplatz) 66,
empfiehlt zur gefälligen Abnahme:

Weizenmehl		fl. kr.
(aus Banater Weizen).		
Nr. 0	Kaiser-Auszug	pr. Ctr. 9.50
" 1	Bäcker-Auszug	" 8.—
" II	Mundmehl	" 6.—
" III	Semmelmehl	" 4.—
" IV	Pohlmehl	" 3.—
	Gries superfein	" 12.—
Heidenmehl:		
" A	Heidenmehl fein	pr. Ctr. 9.—
" B	" weiss	" 7.60
Fisolen:		
	Fisolen grüne	pr. Ctr. 5.—
	" rothe	" 4.80

Auch werden daselbst Rollgerste, Hirsebrein und Kleien en gross und en detail verkauft.

Zu

Nikolai- und Weihnachts-Geschenken

empfiehlt der Gesetzte einem P. T. Publikum sein großes Lager von Zucker- und Tragant-Waaren sowie auch eine große Auswahl Bonbons und Bäckereien mit dem Preis einer reellen Bedeutung.

Balthasar Capretz,

im Oxfiazh'schen Hause am Congressplatz.

Geld	Waare	Geld	Waare	Geld	Waare
Ges. K. L. 200 fl. GM. 231.25	231.50	Wolffy	zu 40 fl. GM.	28.50	9.—
Deß. Don.-Dalmat. Ges. 230.—	232.—	Clary	40 "	27.75	28.25
Deß. Österreich. Wert in Triest 230.—	232.—	St. Genes	40 "	28.	28.50
Wien, Dalmat. Altg. 500 fl. d. W.	400.—	Windischgrätz	20 "	16.50	17.—
Böh. Kettenbrücke	350.—	Waldein	20 "	18.75	19.25
Bohm. Westbahn zu 200 fl. d. W.	166.25	Egglevich	10 "	14.—	14.50
Westbahn-Mitteiln zu 200 fl. d. W.	166.50	G. f. Hospitalfund	10 "	11.30	12.—
u. 140 fl. (70%) Einzahlung 147.—	—	Wechself.	3 Monate.		

Pfandbriefe (für 100 fl.)

Geld	Waare	Geld	Waare	Geld	Waare
National 10jährige v. 3.		Augsburg für 100 fl. süd. W.	98.—	98.20	
bau auf 1857 zu 5% 102.—		Frankfurt a. M. 100 fl. ditto	98.20	98.30	
5. fl. verlosbare 93.25 93.50		Hamburg, für 100 Mark Banco	87.60	87.80	
Nationalb. auf 5. W. verlosb. 89.25 89.40		London für 10 Pf. Sterling	116.50	116.70	
Angaulische Boden-Kredit-Anstalt zu 5% 82.50 83.—		Paris, für 100 Franks	46.30	46.40	
G. f. K. f. Ges. 82.50 83.—					

Concs der Geldsorten.

Geld	Waare	Geld	Waare	Geld	Waare
R. W. 5. 57 fr.	5 fl. 58 Mr.	R. W. 5. 57 fr.	5 fl. 58 Mr.	R. W. 5. 57 fr.	5 fl. 58 Mr.
Cronen 16 " 5	16 " 10 " 10 "	Cronen 16 " 5	16 " 10 " 10 "	Cronen 16 " 5	16 " 10 " 10 "
Napoleonsb'or 9 " 39 " 9 " 40 "		Napoleonsb'or 9 " 39 " 9 " 40 "		Napoleonsb'or 9 " 39 " 9 " 40 "	
Stadtgem. Ösen 40 " 6. W. 26.75 27.25		Stadtgem. Ösen 40 " 6. W. 26.75 27.25		Stadtgem. Ösen 40 " 6. W. 26.75 27.25	
Russ. Imperiale 9 " 62 " 9 " 63 "		Russ. Imperiale 9 " 62 " 9 " 63 "		Russ. Imperiale 9 " 62 " 9 " 63 "	
Sterbazy 40 " GM. 108.— 110.—		Sterbazy 40 " GM. 108.— 110.—		Sterbazy 40 " GM. 108.— 110.—	
Salm 40 " " 31.75 32.25		Salm 40 " " 31.75 32.25		Salm 40 " " 31.75 32.25	

W e c h s e l.

Verkauf

wird in Gurlfeld ein reizend gelegenes **Vandhaus**, mit Nebengebäuden, 8 Joch Weingärten und 3 Joch Wiesgrund mit vielen Obstbäumen.

Anfragen unter Chiſſe: A. B. werden genau beantwortet. (2329—1)

(2327—1)

Eine Wohnung.

Der 1. Stock des Hauses Nr. 259 am Haupiplatz, bestehend aus 5 Zimmern, Küche, Speisekammer etc., ist von Georgi f. J. zu vergeben.

Näheres bei B. C. Tupau da-selbst.

Für Schaffer'sches Haus.	

<tbl_r cells="1" ix